



Moin!

In der letzten Sitzungswoche haben wir das Kinderförderungsgesetz beschlossen. Wir setzen damit einen Meilenstein in der Familien- und Bildungspolitik. Ich bin froh, dass sich die Union nach Jahren der Verweigerung nun eines Besseren hat belehren lassen und endlich den Weg frei macht für einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab Eins. Der Erkenntnisgewinn der Union kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir Sozialdemokraten die treibende Kraft in der Familienpolitik sind.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters! **GARRELT DUIN, MdB**

Neue Verkehrsregeln für internationale Finanzmärkte

Die aktuelle Finanzkrise wird nach Einschätzung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück tiefe Spuren hinterlassen und das Weltfinanzsystem umwälzen. „Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor der Krise“, sagte der Minister am Donnerstag in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag.

Es sei aber dank eines funktionierenden Krisenmanagements gelungen, einen „Super-Gau“, den Kollaps des Weltfinanzsystems, zu verhindern, so Peer Steinbrück. „Es ist der Zeitpunkt, um gemeinsam, mit vereinten Kräften durch die Krise zu kommen und gleichzeitig das globale Finanzsystem stabiler zu machen“, erklärte der Finanzminister, „nicht nur im Interesse der Finanzwirtschaft, sondern viel mehr noch im Interesse der Verbraucher, der Wirtschaft, aller Menschen in unserem Land.“

Zivilisierung der Finanzmärkte

Peer Steinbrück forderte ebenso wie jüngst Altkanzler Helmut Schmidt „neue Verkehrsregeln“ für die internationalen Finanzmärkte. Diese neuen Verkehrsregeln könnten nur von handlungsfähigen Staaten, die international eng kooperieren, geschaffen und wirksam durchgesetzt werden, und zwar „zum Wohle aller: der strauchelnden Finanzinstitute genauso wie der Privatanleger, die sich zu Recht



Bundesfinanzminister Peer Steinbrück: „Mit vereinten Kräften durch die Krise kommen.“

nach mehr staatlicher Sicherheit auf den Finanzmärkten sehnen“. Es sei die Aufgabe der Staaten, den Rahmen zu setzen und Aufgabe der Marktteilnehmer, diesen Rahmen kreativ auszufüllen, und zwar „getrieben von Verantwortung für die Gesellschaft“, nicht „von Gier und Kurzatmigkeit“. Das, so Peer Steinbrück, „ist unser, ist mein Verständnis von sozialer Marktwirtschaft.“

„Die aktuelle Krise auf den internationalen Finanzmärkten zeigt sehr deutlich, dass wir klare Regeln und größere Transparenz für die Finanzmärkte brauchen“, so Garrelt Duin. Finanzminister Peer Steinbrück hat dieses Thema schon Anfang 2007 während der deutschen EU- und der G

7-Präsidentschaft auf die Tagesordnung gesetzt. Es war jetzt höchste Zeit, dass nun auch die Amerikaner und die Briten die Notwendigkeit von stärkerer und effektiverer Regulierung erkennen. Was vor wenigen Tagen noch bei Vielen als weltfremde Spinnerei galt, z. B. Verbot von Leerverkäufen, Regulierung von Finanzmärkten und effektive Aufsicht, setzt sich nun auch im anglo-amerikanischen Raum durch. „Wir haben mit Peer Steinbrück einen Bundesfinanzminister, der beharrlich sozialdemokratische Positionen durchsetzt“, so Duin.

Im Herbst wird die Arbeitsgruppe „Internationale Finanzmärkte“ des Parteivorstandes ihre Ergebnisse vorstellen und konkretisieren.

Träger in ESF-Förderung aufgenommen

Die Kreisvolkshochschule Norden und die Jugendförderung FD der Stadt Emden sind im Rahmen der Aufstockung des ESF Programms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ in die Förderung aufgenommen worden. Dies teilte heute der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues, mit. „Das ist eine freudige Nachricht für die Träger in Norden und Emden. Schülerinnen und Schüler, die die Schule abgebrochen haben, erhalten so die Möglichkeit der Reintegration in das Schulsystem und damit eine zweite Chance auf einen Schulabschluss“, so Garrelt Duin. Mit der Initiative „Jugend und Chancen – Integration fördern“ baut das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Programm erheblich aus. In der letzten Förderperiode haben bereits 74 Projekte mit ihrer Arbeit begonnen. Noch in diesem Jahr wird mit dem Ausbau des Netzwerks auf 200 Standorte mit Hilfsangeboten für schulverweigernde Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern sowie für Lehrkräfte begonnen. Dafür stehen bis zum Jahr 2011 über 84 Millionen aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung.

Das Programm für Wachstum und Beschäftigung

Am 14. März 2003 hat Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag ein umfassendes Programm zur Reform des Arbeitsmarktes, zum Umbau der Sozialsysteme, für wirtschaftliches Wachstum und für eine bessere Familien-, Bildungs- und Forschungspolitik vorgelegt. Mit diesem Programm für Wachstum und Beschäftigung, das von einigen lediglich auf die Hartz-Reformen reduziert wird, sollten folgende Ziele erreicht werden:

- Förderung von Wachstum
- Mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung
- Bessere Vermittlung und Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
- Konsolidierung der öffentlichen Haushalte
- Senkung der Einkommenssteuer
- Senkung der Lohnnebenkosten und Reform der sozialen Sicherungssysteme
- Wahrung der Arbeitnehmerrechte

Das Ziel: Förderung von Wachstum

- 2003: -0,2 %
- 2004: 1,1 %
- 2005: 0,8 %
- 2006: 2,9 %
- 2007: 2,5 %
- 2008: 1,7 %

Wir liegen mit unseren Wachstumsraten seit 2006 über der sog. Beschäftigungsschwelle. D. h. das Wachstum ist so hoch, dass neue Arbeitsplätze entstehen können.

Das Ziel: Mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung

Wir haben entscheidende Wei-

chen in der Familien- und Bildungspolitik gestellt und damit begonnen, 4 Milliarden Euro für die Ganztagsbetreuung von Kindern zur Verfügung zu stellen. Bundesweit sind seitdem 6.400 Schulen zu Ganztagschulen auf- bzw. ausgebaut worden. Mit dem im Dezember 2004 beschlossenen Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) haben wir den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung auch für Kinder von unter drei Jahren eingeleitet. Wir haben die Kommunen um 1,5 Milliarden Euro entlastet, um die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren auszubauen.

Das Ziel: Bessere Vermittlung und Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

Wir haben hunderttausende von Sozialhilfeempfängern aus dem Schattendasein der Arbeitslosigkeit herausgeholt. Alle erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen werden seitdem aus einer Hand betreut. Ehemalige Sozialhilfeempfänger werden seitdem deutlich besser gefördert und durch die BA vermittelt, als vor der Reform. Beziehende von Arbeitslosengeld II sind in den Schutz der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung einbezogen. Wir haben eine Menge für den Ausbildungsmarkt getan. Wir haben seinerzeit das Programm „JUMP Plus“ aufgelegt und viele Jugendliche durch spezielle Vermittlung der BA in Ausbildung gebracht. Und wir haben den Ausbildungspakt initiiert, der dafür sorgt, dass neue Ausbildungsplätze geschaffen werden. Wir haben Ausbildung erleichtert, indem wir die starren Ausbildungsanforderungen an die Ausbilder gelockert haben. Es braucht keinen Meister mehr, um ausbilden zu dürfen. Dies dürfen nun auch erfahrene Gesellen. Mit der Initiative 50plus für Ältere und der Jobperspektive sind mittlerweile neue zusätzliche Instrumente für schwer Vermittelbare hinzugekommen. Wir haben Betriebsgründungen und -übernahmen

im Handwerk erleichtert. Das schafft neue Arbeitsplätze.

Das Ziel: Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Die Neuverschuldung beträgt in diesem Jahr nur noch rd. 1/3 des Jahres 2003: Sie ist von 38,6 Milliarden Euro (2003) auf 11,9 Milliarden Euro im Jahr 2008 gesunken. Das ist die niedrigste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung. Wir haben 2006 erstmals seit 2001 die Defizitgrenze des Maastrichter EU-Vertrages eingehalten. Für 2008 wird mit einem Defizit von -0,5 Prozent gerechnet.

Das Ziel: Senkung der Einkommensteuer

Der Eingangssteuersatz liegt seit 2005 bei 15 Prozent (1998: 25,9 Prozent). Der Grundfreibetrag wurde von 6.322 Euro (1998) auf 7.664 Euro angehoben. Damit starke Schultern mehr tragen, haben wir den Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen auf 45 Prozent erhöht.

Das Ziel: Senkung der Lohnnebenkosten

Die Lohnnebenkosten liegen wieder unter 40 Prozent. Der Arbeitgeberbeitrag für Sozialversicherung liegt sogar unter der 20-Prozent-Marke.

Das Ziel: Wahrung der Arbeitnehmerrechte

CDU/CSU und FDP ist es nicht gelungen, die Arbeitnehmerrechte zu schleifen. Eine Vorbedingung für die Große Koalition war, dass an der Tarifautonomie nicht gerüttelt wird, die Mitbestimmung erhalten bleibt und der Kündigungsschutz nicht angetastet wird. All das konnten wir auch unter den Bedingungen der Großen Koalition durchsetzen. Die SPD ist ein starker Partner für Arbeitnehmer und Gewerkschaften. Mit dem Programm für Wachstum und Beschäftigung wollten wir Deutschland bis zum Jahr 2010 fit machen und stärken. Das ist uns gelungen. Deutschland steht heute im Jahr 2008 besser

da, als 2003. Das gilt auch im europäischen Vergleich. Das ist den mutigen und richtigen Reformen des Programms für Wachstum und Beschäftigung zu verdanken.

Die Ergebnisse der Reformen in Kürze:

- Seit 2003 haben bislang knapp 6.400 Ganztagschulen von der Förderung aus dem 4-Milliarden-Programm profitiert
- 2003 hat der Bund 8,3 Milliarden Euro für Forschung und Bildung zur Verfügung gestellt, 2008 sind es 9,3 Milliarden Euro
- 2003 wurden 557.634 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, 2007 waren es 625.900
- 2003 betrug die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt 4,38 Millionen, 2007 waren es 3,78 Millionen (-13,7 %)
- 2003 waren 516.000 Jugendliche unter 25 arbeitslos, 2007 waren es 405.000 (-21,5 %)
- 2003 hatten wir 38,7 Millionen Erwerbstätige, 2008 sind es mehr als 40 Millionen
- 2003 lag das Wirtschaftswachstum bei -0,2 %, 2008 bei +1,7 %
- 2003 lag der Eingangssteuersatz bei 19,9 %, 2008 bei 15 %
- 2003 lag die Neuverschuldung des Bundes bei 38,6 Milliarden Euro, 2008 bei 11,9 Milliarden Euro
- 2003 lagen die Sozialversicherungsbeiträge bei knapp über 42 %, 2008 bei 39,2 %

„Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ gestartet

Zum 1. Juli 2008 wurde unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) für den innovativen Mittelstand das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)“ gestartet. Das ZIM als Basisprogramm bietet künftig drei Module an:

- FuE-Kooperationsförderung
- Netzwerkförderung
- einzelbetriebliche FuE-Förderung (ab 1. 1. 2009, nur für Ostdeutschland)

Die Förderung zielt darauf ab,

- die KMU zu verstärkten Anstrengungen für marktorien-

tierte Forschung, Entwicklung und Innovationen anzuregen und damit verbundene technische und wirtschaftliche Risiken zu mindern

- die Zusammenarbeit von KMU mit den leistungsstarken öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen zu intensivieren und damit den Technologietransfer auszubauen
- das Engagement von KMU für FuE-Kooperationen und die Teilnahme an innovativen Netzwerken zu erhöhen und auf diesem Wege das Innovations-, Kooperations- und Netzwerkmanagement in

den KMU zu verbessern

Bewährte Prinzipien und Grundsätze werden beibehalten:

- die Unternehmen behalten die Entscheidungsfreiheit über Technologie, Auswahl der Kooperations- und Netzwerkpartner und sie bestimmen den Kurs der marktorientierten FuE-Projekte
- Offenheit für alle Technologien und alle Branchen
- Nutzerfreundliches zweistufiges Antragsverfahren
- Koordinierte Abwicklung über erfahrene Projektträger

- Erfolgskontrolle sowie externe Projekt- und Programmevaluationen

Mit Beginn dieses Jahres wurden bereits modellhaft die erweiterten Möglichkeiten des neuen EU-Beihilferahmens für Forschung, Entwicklung und Innovation genutzt. Die anteilige Förderung von innovativen Dienstleistungen zur Flankierung der FuE-Projekte und deren Markteinführung ist auf große Resonanz gestoßen, da sie immer wieder geäußerten Bedürfnissen der KMU entspricht. Bis Ende 2008 werden dazu 1.000 Anträge der Unternehmen vorliegen.

Martin Schulz und Matthias Groote: Europa muss sozialer werden

Auf der Europakonferenz der SPD Weser-Ems in Oldenburg sprachen sich die EU-Parlamentarier Martin Schulz und Matthias Groote für ein klares Bekenntnis zu einem sozialen und gerechten Europa aus. Garrelt Duin erklärte vor den Delegierten aus ganz Weser-Ems, dass ein gerechtes soziales Miteinander in Europa eine wichtige Aufgabe für das 2009 zu wählende Europäische Parlament sei. „Es kann nicht richtig sein, dass in Brüssel die Weichen in eine menschenverachtende neoliberale Wirtschaftsstruktur gesetzt werden und die in den Mitgliedsstaaten errungenen sozialen Standards in Frage gestellt werden“, mahnte Duin an.



Garrelt Duin, Martin Schulz und Matthias Groote auf der Europakonferenz der SPD Weser-Ems.

Als Hauptredner begrüßte er dann Martin Schulz, den Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Schulz befürwortete grundsätzlich das Streben nach unternehmerischen Gewinn und Entwicklung. „Dies kann aber nur dann zu sozialem Frieden in Europa führen, wenn es mit der Sicherung und Festigung der Rechte und Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einhergeht“, rief er in einer kämpferischen und von spontanem Beifall begleiteten Rede.

Auch die aktuelle Bankenkrise sei eine Bankrotterklärung des wirtschaftsliberalen Kasino-Kapitalismus. „Seit Jahren fordern wir im Europaparlament die Pflicht zur Offenlegung der Kapitaleigentümer nicht nur in den Heuschrecken-Hedgefonds. Auch die Ankopplung der Managergehälter an die Erfolge der unternehmerischen Entscheidungen ist dringend erforderlich. Die momentane Kapitalkrise hätte verhindert werden können wenn CDU/FDP auf europäischer Ebene diesen not-

wendigen Vorgaben zugestimmt hätten“, so Schulz. Der SPD-Europaabgeordnete Matthias Groote stellte dazu in seiner Rede klar, dass es gerade beim VW-Gesetz um die Sicherung einer menschenzugewandten Wirtschaftspolitik und von zehntausenden Arbeitsplätzen geht und nicht um die Liberalisierungsorgien einiger konservativer EU-Kommissare.

Groote wurde anschließend von einer überwältigenden Mehrheit 113 von 114 Stimmen (99,1 %

bei 1 Enthaltung) als Spitzenkandidat der Weser-Ems-SPD nominiert. Mit Hanna Naber aus Oldenburg (98 Ja, 3 Nein, 2 Enth.) und Rudolf Tuin aus Nordhorn (97 Ja, 4 Nein, 2 Enth.) komplettierten die Delegierten die Liste der Europakandidaten aus Weser-Ems. Mit Werner Lager aus dem Landkreis Osnabrück, Sabine Zimmermann aus dem Landkreis Aurich und Kirsten Meyer aus Osnabrück wurden ebenfalls die Ersatzkandidaten bestimmt.

Gespräch mit Schülern der Realschule Hinte in Berlin

Auf Einladung des SPD-Bundstagsabgeordneten Garrelt Duin besuchten am vergangenen Donnerstag 24 Schüler der Realschule Hinte den Deutschen Bundestag. Nachdem die Zehntklässler eine Plenarsitzung des Deutschen Bundestags von der Besuchertribüne verfolgt und im Besucherrestaurant des Paul-Löbe-Hauses zu Mittag gegessen hatten, trafen sie sich zu einem Gespräch mit Garrelt Duin. Dabei informierten sie sich über die Aufgaben und die Arbeit des deutschen Parlaments und der Abgeordneten. Die Schülerinnen und Schüler zeigten sich äußerst interessiert an dem politischen Geschehen in der Bundeshauptstadt.



Garrelt Duin besuchte Schüler der Realschule Aurich

Nach den Sommerferien haben Schülerinnen und Schüler der Realschule in Aurich eine mehrtägige Klassenfahrt nach Berlin unternommen und besuchten dort unter anderem den Deutschen Bundestag.

Kürzlich traf sich Garrelt Duin mit der 10. Klasse, um mit den Schülerinnen und Schülern über aktuelle Themen zu diskutieren. Dabei nahm die Berufsausbildung eine breite Diskussion ein. Die Schüler wiesen auf die Schwierigkeiten hin, nach der 10. Klasse einen Ausbildungsplatz zu finden. Duin erklärte, dass stärker als bisher eine Verzahnung zwischen der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer und den Schulen stattfinden müsse, um die zukunftsfähigen Ausbildungsbedürfnisse den Schülerinnen und Schülern näherzubringen.



Garrelt Duin im Gespräch mit Schülern der Realschule in Aurich.

„Es gibt nur wenige Schulabgänger, die bereits einen Ausbildungsplatz haben und auf der anderen Seite haben noch

zahlreiche Unternehmen offene eine berufliche Perspektive auf den Ausbildungsbonus hin, Ausbildungplätze zu besetzen, bieten. Betrieb und Azubi müssen nur zusammenfinden“, so Ausbildungplätze bereitstellen, Wunschberuf sind, aber auch Duin. Darüber hinaus wies er beantragen können.

3 Milliarden Euro für Krankenhausfinanzierung

Das Kabinett hat dann am letzten Mittwoch einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Finanzsituation in den Krankenhäusern beschlossen. Diesem Entwurf vorausgegangen ist eine intensive Diskussion zwischen Bund und Ländern über die künftige Investitionsfinanzierung.

Die Krankenhäuser werden im nächsten Jahr 3 Mrd. Euro zusätzlich erhalten. Das entspricht genau den Forderungen der SPD. Wir freuen uns, dass das Bundeskanzleramt nun endlich seine Blockadehaltung aufgegeben hat, die von den unionsregierten Ländern – allen voran Bayern und Baden-Württemberg – diktiert worden ist. Das Ergebnis sieht vor, dass 50% der Tarifkostensteigerungen und 70 % der Kosten für 21.000 neue Pflegestellen in den Krankenhäusern finanziert werden. Das entspricht genau dem von Ulla Schmidt und der SPD geforderten Finanzvolumen von 3 Mrd. Euro. Die Union wollte den Krankenhäusern bis zuletzt nur 1,5 Mrd. Euro zugestehen - angesichts der immer schwieriger werdenden Lage der Beschäftigten in den Krankenhäusern ein völlig unzureichendes Angebot. Umso

erfreulicher ist es, dass sich Ulla Schmidt in allen wichtigen Punkten durchsetzen konnte und eine substantielle Unterstützung vor allem für die Beschäftigten in der Pflege erreicht werden konnte.

Das Ergebnis ist eine bedeutende Weichenstellung für eine nachhaltige Finanzierung der Krankenhäuser zum Wohle der Patientinnen und Patienten sowie aller Beschäftigten. Die Länder haben ihre Investitionszusagen – in sehr unterschiedlicher Bandbreite – in den letzten Jahren stark verringert. Die Debatte mündete jetzt in einem für alle Seiten tragfähigen Kompromiss. Bund und Länder werden gemeinsam im nächsten Jahr Grundsätze und Kriterien für leistungsorientierte Investitionspauschalen entwickeln, die grundsätzlich ab 2012 in den Krankenhäusern angewandt werden sollen. Da die Investitionsfinanzierung ureigene Aufgabe der Länder ist, entscheidet jedoch jedes Land selber darüber, ob und in welchem Umfang es seine Investitionsmittel pauschalisiert einsetzt. Obwohl die Krankenhäuser im vergangenen Zeitraum in der Regel stärkere Zuwächse als geplant erzielen konnten, besteht im

Krankenhausbereich Handlungsbedarf. Deshalb werden – soweit die Mehrleistungen der Kassen nach bereits geltendem Recht nicht ausreichen – die darüber hinaus reichenden Tariflohnsteigerungen der Jahre 2008 und 2009 hälftig von den Krankenkassen getragen. An dem Förderprogramm zur Verbesserung der Pflegesituation in den Krankenhäusern beteiligen sich die Krankenkassen zu 70 Prozent. Nach Ablauf von 3 Jahren werden diese Kosten in die Fallpauschalen „eingepreist“ und mit dem neuen Orientierungswert fortgeschrieben. Der bisherige „Deckel“ ist damit weg.

Dieser Gesetzentwurf wird eine dauerhafte Entlastung der Krankenhäuser bewirken: Ein neuer Orientierungswert, der die Steigerung der Krankenhauskosten adäquat und zeitnah abbildet, bedeutet die Abkehr von der grundlohnorientierten Budgetierung. Die anteilige Entlastung bei den Tariflohnsteigerungen 2008/2009 hat einen dauerhaft wirkenden Basiseffekt. Die zusätzlichen Aufwendungen für neue Stellen in der Pflege werden dauerhaft in das Fallpauschalensystem einbezogen.

Termine

- **Montag, 29. September 2008**
Präsidium UB Aurich, 17.30 Uhr
- **Dienstag, 30. September 2008**
Fraktionsvorstand Landtagsfraktion und SGK, 10.00 Uhr; Veranstaltung mit Sigmar Gabriel in Berlin, 16.00 Uhr
- **Donnerstag, 02. Oktober 2008**
100-Jahre SPD OV Wittmund, 20.00 Uhr
- **Montag, 06. Oktober 2008**
Gildefest in Göttingen, 9.00 Uhr; 5. Emdener Dialog der IG Metall, 16.00 Uhr
- **Dienstag, 07. Oktober 2008**
Sitzung des Deutschen Bundestages in Berlin
- **Mittwoch, 08. Oktober 2008**
Mitgliederversammlung OV Norden, 19.00 Uhr
- **Sonntag, 11. Oktober 2008**
Bezirksvorstand Weser-Ems in Oldenburg, 10.00 Uhr



Förderung für Baudenkmäler in Hinte und in der Gemeinde Krummhörn

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat in seiner heutigen Sitzung die erste Tranche des 40 Millionen-Sonderprogramms „Denkmalschutz“ freigegeben. Damit können zahlreiche national bedeutende Baudenkmäler erhalten und bewahrt werden. Insgesamt werden 134 Gebäude – Kirchen, Schlösser, Kloster, Burgen und andere – mit fast 18 Millionen Euro gefördert.

„Ich freue mich besonders, dass auch Bewerber aus unserer Region berücksichtigt wurden. Die Burg Hinta in Hinte und der Gulphof Woquard in der Gemeinde Krummhörn

erhalten eine Förderung in Höhe von 50.000 Euro bzw. 30.000 Euro“, so Garrelt Duin. Der Haushaltsausschuss hatte mit dem Nachtragshaushalt 2007 dieses Programm aufgelegt und 40 Millionen Euro dafür bereitgestellt. Gefördert werden damit dringende Substanzsicherungs- und Restaurierungsarbeiten an Baudenkmälern, die das nationale kulturelle Erbe prägen. Der Bund beteiligt sich jeweils mit der Hälfte an den Kosten, die restlichen Mittel werden von den Ländern, Kommunen oder Privaten aufgebracht.

Etwa 400 Anträge sind für die

erste Runde eingegangen, aus denen nun die ersten ausgewählt wurden. Die zweite Tranche wird zeitnah folgen. Anmeldungen sind weiterhin möglich. Das Bewerbungsverfahren läuft über die Länder und die zuständigen Denkmalschutzbehörden. Der Anmeldeschluss für die nächste Tranche ist der 30. November 2008. „Die große Nachfrage zeigt, wie erfolgreich dieses Programm und wie dringend nötig es ist: Gerade viele kleinere Baudenkmäler können so erhalten werden. Ohne die Hilfe des Bundes wäre es nicht möglich, den baulichen Bestand zu sichern“, sagt Duin.

Spruch der Woche

„Was hamma die Bayern verhaue!!!!!!“

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 70145

garrelt.duin@bundestag.de

www.garreltduin.de